

Schwerpunkte niedersächsischer Forschungs- und Hochschulpolitik 2013 bis 2018

- Forderungskatalog des Wirtschaftsrates Niedersachsen -

19. April 2012

Der Landesvorstand Niedersachsen des Wirtschaftsrates der CDU e.V. beschließt folgenden forschungs- und hochschulpolitischen Forderungskatalog anlässlich der Wahlen zum Niedersächsischen Landtag der 17. Legislaturperiode (von 2013 bis 2018) am 20. Januar 2013:

- Änderung des Art. 91b GG zur Öffnung der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung zur Mitfinanzierung des Bundes nicht nur bei Vorhaben, sondern auch von Einrichtungen in und an Hochschulen
- Verlängerung des Pakts für Forschung und Innovation zwischen Bund und Ländern für die Jahre 2016 bis 2020 für die außeruniversitären Forschungsorganisationen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Sicherung der Innovationsfähigkeit Deutschlands und Niedersachsens bei voller Gegenfinanzierung des Landes
- Ansiedlung von Forschungseinrichtungen in Niedersachsen bzw. Überführung von niedersächsischen Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen in Einrichtungen der Forschungsorganisationen (Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V., Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren), vorrangig im Bereich der Energieforschung einschließlich Lagerung atomarer Reststoffe sowie Informations- und Kommunikationstechnologie
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft insbesondere in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, ökonomischer Bildung, maritime Wirtschaft, Energie einschließlich Energiebildungsforschung, Gesundheit, Europa und Internationalität/Interkulturalität von der Grundlagenforschung bis zur Produktion/Dienstleistung
- Abschluss eines Zukunftsvertrags III zwischen Landesregierung und Hochschulen für die Jahre 2016 bis 2020 angesichts der absehbar hohen Studienanfängerzahlen bis über 2020 hinaus (nach der KMK-Prognose 2012 wird die Studienanfängerzahl in Niedersachsen auch 2025 noch über den Zahlen von 2005 liegen) mit den Schwerpunkten:
 - Profilbildung der Hochschulen, insbesondere der Niedersächsische Technischen Hochschule (NTH), einschließlich Umschichtungen zwischen und Zusammenlegung von Standorten

- Verminderung der Zahl der Studienabbrecher und Verbesserung der Übergangphasen zwischen Schule und Hochschule sowie Hochschule und Beruf; besondere Förderung von Hochschulquereinsteigern mit Berufserfahrung sowie Verbesserung der Berufs- und Studienorientierung
 - Ausweitung der dualen Studiengänge, insbesondere an Fachhochschulen
 - Schaffung gemeinsamer Einrichtungen von Hochschulen, außeruniversitären Forschungs- und Bildungseinrichtungen und Unternehmen zur Förderung von Innovation und wissenschaftlicher Weiterbildung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs
 - Verkürzung der Gratifikationskette zwischen Grundlagenforschung und Anwendung auch durch geeignete Anreize
 - Stabilisierung des Ausbaus der Fachhochschulen
 - Vernetzung und Kooperation zwischen Hochschulen und Hochschularten zur Herausbildung niedersachsenweiter Schwerpunkte in Forschung, Lehre und Studium
 - Offensiver Ausbau der Offenen Hochschule durch Einrichtung von Professional Schools und Stärkung einer zentralen, gemeinsam von Hochschulen und Sozialpartnern getragenen und finanzierten Geschäftsstelle („onefacetothecustomer“ für Unternehmen und Interessierte)
 - Neustrukturierung der Lehrerausbildung durch inhaltliche Neugestaltung des gemeinsamen Studiums für Elementarlehrer/innen und Grundschullehrer/innen
 - Bessere Verknüpfung der ersten, zweiten und dritten Aus-, Fort- und Weiterbildungsphasen der Lehrerbildung
 - Verbesserung des Faktors Interkulturalität in der Lehrerbildung angesichts des steigenden Anteils von Schulkindern mit Migrationshintergrund
- Fortschreibung der Studienbeiträge zur Sicherung der Qualität des Hochschulstudiums und aus Gründen sozialer Gerechtigkeit (Hochschulabsolventen haben das mit Abstand niedrigste Arbeitsmarktrisiko und das im Vergleich zu Nicht-Hochschulabsolventen deutlich höhere Lebenseinkommen, so dass es eine Frage sozialer Gerechtigkeit ist, dass diese individuellen Vorteile nicht allein aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden)
 - Zukunftsvertrag Erwachsenenbildung zwischen Landesregierung und Niedersächsischem Bund für freie Erwachsenenbildung zur Stabilisierung der Erwachsenenbildung einschließlich politischer Bildung, Grundbildung und Alphabetisierung sowie Inklusion

Kontakt:

Wirtschaftsrat Niedersachsen
 Landesfachkommission Bildung & Wissenschaft
 Dr. Matthias Frederichs, Landesgeschäftsführer
 Rathenaustr. 9, 30159 Hannover
 Tel.: 0511 / 751556; Fax: 0511 / 752932
 Email: lv-nds@wirtschaftsrat.de